



Brüssel, den 23. September 2020
(OR. en)

11067/20

PUBLIC 60
INF 162

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES –
OKTOBER 2019

Dieses Dokument enthält eine Aufstellung der vom Rat im Oktober 2019 angenommenen Rechtsakte.¹²³

Es enthält Informationen zur Annahme von Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzescharakter, insbesondere:

- das Datum der Annahme,
- die entsprechende Tagung des Rates,
- die Nummer des angenommenen Dokuments,
- die Fundstelle im Amtsblatt,
- einen Verweis auf das Protokoll über die Tagung des Rates, auf der der Rechtsakt angenommen wurde.

Dieses Dokument ist auch zugänglich über die Website des Rates unter [Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates \(Rechtsakte\) – Consilium.](#)

¹ Zur besseren Übersicht sind die Kurztitel, wie sie in den Tagesordnungen des Rates erscheinen, ebenfalls angegeben (in Kursivschrift).

² Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

³ Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente eingesehen werden unter [Dokumente und Veröffentlichungen – Consilium](#).

Ist ein Dokument nicht unmittelbar verfügbar, so kann ein Antrag auf Zugang zu dem Dokument gestellt werden unter

[Dokumente und Veröffentlichungen – Beantragung eines Dokuments](#).

Dieses Dokument dient ausschließlich zur Information – maßgebend sind nur die Protokolle des Rates. Diese sind zugänglich über die Website des Rates unter [Ratsprotokolle – Consilium](#).

INFORMATIONEN ZU DEN VOM RAT IM OKTOBER 2019 ANGENOMMENEN RECHTSAKTEN	
Schriftliches Verfahren vom 1. Oktober 2019	CM 4187/19
<i>Beschluss des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen – Überprüfung</i> Beschluss (GASP) 2019/1663 des Rates vom 1. Oktober 2019 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2015/1333 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 252 vom 2.10.2019, S. 36-37	12131/19
Mitteilung an bestimmte Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2015/1333 des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2019/1663 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen unterliegen ABl. C 331 vom 2.10.2019, S. 3-3	12143/19
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2015/1333 des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2019/1663 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen unterliegen ABl. C 331 vom 2.10.2019, S. 4-4	12143/19
3716. Tagung des Rates der Europäischen Union (Umwelt) vom 4. Oktober 2019 in Luxemburg (Protokoll: 12911/19)	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten</i> Zweitantrag Nr. 19/c/04/19	12440/19
<i>Durchführungsbeschluss des Rates zur Ernennung des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank</i> Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1671 des Rates vom 4. Oktober 2019 zur Ernennung des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank ABl. L 256 vom 7.10.2019, S. 8-9	12029/19
<i>Beschluss des Rates über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung des Verifikations- und Inspektionsmechanismus der Vereinten Nationen in Jemen</i> Beschluss (GASP) 2019/1672 des Rates vom 4. Oktober 2019 über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung des Verifikations- und Inspektionsmechanismus der Vereinten Nationen in Jemen ABl. L 256 vom 7.10.2019, S. 10-16	12037/19

<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Hinblick auf das schriftliche Verfahren im Fachausschuss für technische Fragen der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF)</i> Beschluss (EU) 2019/1763 des Rates vom 4. Oktober 2019 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Fachausschuss für technische Fragen der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) zu bestimmten Änderungen der Spezifikationen für die nationalen Fahrzeugeinstellungsregister (NVR) und der Einheitlichen Technischen Vorschriften – Telematikanwendungen für den Güterverkehr (ETV TAF) zu vertreten ist ABl. L 270 vom 24.10.2019, S. 79-80	11365/19
3717. Tagung des Rates der Europäischen Union (Justiz und Inneres) vom 7./8. Oktober 2019 in Luxemburg (Protokoll: 12912/19)	
GESETZGEBUNGSAKTE	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Verordnung über Maßnahmen der Union nach ihrem Beitritt zur Genfer Akte (geografische Angaben)</i> Verordnung (EU) 2019/1753 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 über die Maßnahmen der Union nach ihrem Beitritt zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben ABl. L 271 vom 24.10.2019, S. 1-11	74/1/19 REV 1
<i>Richtlinie zu Hinweisgebern</i> Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 17-56	78/1/19 REV 1
<i>Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2008/96/EG über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur</i> Richtlinie (EU) 2019/1936 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zur Änderung der Richtlinie 2008/96/EG über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 1-16	69/2/19 REV 2

<i>Verordnung über die europäischen Sozialstatistiken</i> Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf der Grundlage von Einzeldaten aus Stichprobenerhebungen, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 808/2004, (EG) Nr. 452/2008 und (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 261I vom 14.10.2019, S. 1-32	63/1/19 REV 1
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Prüm-Beschlüsse: Durchführungsbeschluss des Rates über den automatisierten Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Irland</i> Durchführungsbeschluss (EU) 2019/1697 des Rates vom 7. Oktober 2019 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von Fahrzeugregisterdaten mit Irland ABl. L 259 vom 10.10.2019, S. 63-64	7290/19
<i>Empfehlung zur Schengen- Evaluierung – Rückführung Estland</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer Empfehlung zur Beseitigung der 2018 bei der Evaluierung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich der Rückführung/Rückkehr durch Estland festgestellten Mängel	12573/19
<i>Beschluss des Rates zur Ergänzung der Verhandlungsrichtlinien für die Entwicklungsagenda von Doha im Hinblick auf die Verhandlungen über einen multilateralen Rahmen für Investitionsförderung</i> Beschluss des Rates zur Ergänzung der Verhandlungsrichtlinien für die Entwicklungsagenda von Doha im Hinblick auf die Verhandlungen über einen multilateralen Rahmen für Investitionsförderung	10973/19
<i>Bonner Übereinkommen</i> Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen im Namen der Europäischen Union anlässlich der 31. Tagung der Vertragsparteien über die Änderung des Übereinkommens zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe (Übereinkommen von Bonn) im Hinblick auf die Ausweitung des Anwendungsbereichs des Übereinkommens von Bonn und im Hinblick auf den Beitritt des Königreichs Spanien zum Übereinkommen von Bonn	12187/19

Beschluss (EU) 2019/1727 des Rates vom 7. Oktober 2019 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union auf der zweiten Ministertagung des Übereinkommens von Bonn in Bezug auf die Ministererklärung und den beigefügten strategischen Aktionsplan 2019-2025 zum Übereinkommen von Bonn (BASAP) zu vertreten ist ABl. L 263 vom 16.10.2019, S. 9-31	12188/19
<i>Beschluss des Rates über den im Allgemeinen Rat der WTO zu vertretenden Standpunkt der EU zur Verlängerung der CBERA-Ausnahmegenehmigung</i> Beschluss (EU) 2019/1708 des Rates vom 7. Oktober 2019 über den im Namen der Europäischen Union im Allgemeinen Rat der Welthandelsorganisation (WTO) im Hinblick auf die Annahme eines Beschlusses zur Verlängerung einer WTO-Ausnahmegenehmigung, die es den Vereinigten Staaten erlaubt, im Rahmen des US-Gesetzes Caribbean Basin Economic Recovery Act (CBERA) eine Zollpräferenzbehandlung zu gewähren, zu vertretenden Standpunkt ABl. L 260 vom 11.10.2019, S. 48-49	12117/19
<i>Beschluss des Rates über den im Allgemeinen Rat der WTO zu vertretenden Standpunkt der EU zur Verlängerung der Ausnahmegenehmigung für Entwicklungsländer in Bezug auf LDC</i> Beschluss (EU) 2019/1709 des Rates vom 7. Oktober 2019 über den im Namen der Europäischen Union im Allgemeinen Rat der Welthandelsorganisation im Hinblick auf die geplante Annahme eines Beschlusses zur Verlängerung einer WTO-Ausnahmegenehmigung, mit der die Entwicklungsland-Mitglieder der WTO in die Lage versetzt werden, Waren aus den am wenigsten entwickelten Ländern eine Zollpräferenzbehandlung zu gewähren, zu vertretenden Standpunkt ABl. L 260 vom 11.10.2019, S. 50-51	12121/19
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU zur Verlängerung des Aktionsplans EU-Marokko (2013-2018)</i> Beschluss (EU) 2019/2156 des Rates vom 7. Oktober 2019 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union in dem durch das Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits eingesetzten Assoziationsrat im Hinblick auf die Annahme einer Empfehlung zur Genehmigung der Verlängerung des Aktionsplans EU-Marokko (2013-2017) zur Umsetzung des fortgeschrittenen Status zu vertreten ist ABl. L 327 vom 17.12.2019, S. 75-77	12181/19
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Unterausschuss Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen</i> Beschluss (EU) 2019/1748 des Rates vom 7. Oktober 2019 zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union in dem mit dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits eingesetzten Unterausschuss Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen bezüglich der Änderung des Anhangs V zu Kapitel 4 dieses Abkommens zu vertretenden Standpunkts ABl. L 268 vom 22.10.2019, S. 53-72	11922/19

<i>Beschluss des Rates über den Beitritt der EU zur Genfer Akte (geografische Angaben)</i> Beschluss (EU) 2019/1754 des Rates vom 7. Oktober 2019 über den Beitritt der Europäischen Union zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben ABl. L 271 vom 24.10.2019, S. 12-14	6929/19
3718. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen) vom 10. Oktober 2019 in Luxemburg (Protokoll: 13002/19)	
GESETZGEBUNGSAKTE	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Abänderungen des Europäischen Parlaments am Standpunkt des Rates zum EBH Nr. 4/2019</i> Nichtbilligung der Abänderungen des Europäischen Parlaments	12757/19
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten</i> Zweitantrag Nr. 28/c/01/19	12411/19
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Partnerschaftsausschuss EU-Armenien zur Aufstellung der Liste der Schiedsrichter</i> Beschluss (EU) 2019/1736 des Rates vom 10. Oktober 2019 über den im Namen der Europäischen Union in dem mit dem Abkommen über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits eingesetzten Partnerschaftsausschuss im Zusammenhang mit der geplanten Annahme eines Beschlusses zur Aufstellung der Liste von Personen, die in Streitbeilegungsverfahren als Schiedsrichter dienen sollen, zu vertretenden Standpunkt ABl. L 265 vom 18.10.2019, S. 4-6	12152/19

3719. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft und Fischerei) vom 14./15. Oktober 2019 in Luxemburg (Protokoll: 13107/19)	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>eu-LISA-Verordnung: Beschluss des Rates zur Beteiligung Irlands</i> Beschluss 2019/1749 des Rates vom 14. Oktober 2019 zum Antrag Irlands auf Anwendung einzelner Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Agentur der Europäischen Union für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu- LISA) ABl. L 268 vom 22.10.2019, S. 73-76	12543/19
<i>Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Visaerleichterungsabkommens mit Belarus</i> Beschluss (EU) 2019/1915 des Rates vom 14. Oktober 2019 über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Belarus zur Erleichterung der Visaerteilung im Namen der Union ABl. L 297 vom 18.11.2019, S. 1-2	12361/19
<i>EUStA: Beschluss zur Ernennung des Europäischen Generalstaatsanwalts</i> Beschluss (EU) 2019/1798 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Oktober 2019 zur Ernennung des Europäischen Generalstaatsanwalts der Europäischen Staatsanwaltschaft ABl. L 274 vom 28.10.2019, S. 1-2	6966/19

3720. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten) vom 14. Oktober 2019 in Luxemburg (Protokoll: 13108/19)	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen Al-Qaida – Überprüfung</i> Beschluss (GASP) 2019/1721 des Rates vom 14. Oktober 2019 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2016/1693 betreffend restriktive Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und mit ihnen verbündete Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen ABl. L 262 vom 15.10.2019, S. 64-65	12071/19
Durchführungsverordnung (EU) 2019/1717 des Rates vom 14. Oktober 2019 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2016/1686 zur Verhängung zusätzlicher restriktiver Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und der mit ihnen verbundenen natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen ABl. L 262 vom 15.10.2019, S. 11-12	12074/19
<i>Beschluss des Rates über restriktive Maßnahmen zu chemischen Waffen – Überprüfung</i> Beschluss (GASP) 2019/1722 des Rates vom 14. Oktober 2019 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2018/1544 über restriktive Maßnahmen gegen die Verbreitung und den Einsatz chemischer Waffen ABl. L 262 vom 15.10.2019, S. 66-66	12163/19
<i>Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Nicaragua</i> Beschluss (GASP) 2019/1720 des Rates vom 14. Oktober 2019 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Nicaragua ABl. L 262 vom 15.10.2019, S. 58-63	11725/19
Verordnung (EU) 2019/1716 des Rates vom 14. Oktober 2019 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Nicaragua ABl. L 262 vom 15.10.2019, S. 1-10	11726/19

3721. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 15. Oktober 2019 in Luxemburg (Protokoll: 13109/19)	
GESETZGEBUNGSAKTE	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>EMIR – Beaufsichtigung zentraler Gegenparteien (CCP)</i> Verordnung (EU) 2019/2099 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 hinsichtlich der für die Zulassung von zentralen Gegenparteien anwendbaren Verfahren und zuständigen Behörden und der Anforderungen für die Anerkennung zentraler Gegenparteien aus Drittstaaten ABl. L 322 vom 12.12.2019, S. 1-44	88/1/19 REV 1
<i>Abänderungen des Europäischen Parlaments am Standpunkt des Rates zum Haushaltsplanentwurf 2020</i> Nichtbilligung der Abänderungen des Europäischen Parlaments	12712/19
Schriftliches Verfahren vom 17. Oktober 2019	CM 4403/19
<i>Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Zentralafrikanische Republik – Umsetzung der VN-Maßnahmen</i> Beschluss (GASP) 2019/1737 des Rates vom 17. Oktober 2019 zur Änderung des Beschlusses 2013/798/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Zentralafrikanische Republik ABl. L 265 vom 18.10.2019, S. 7-9	12330/19
Verordnung (EU) 2019/1735 des Rates vom 17. Oktober 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 224/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Zentralafrikanischen Republik ABl. L 265 vom 18.10.2019, S. 1-3	12575/19

3723. Tagung des Rates der Europäischen Union (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 24. Oktober 2019 in Luxemburg (Protokoll: 13565/19)	
GESETZGEBUNGSAKTE	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Brexit-Notfallplan: Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1309/2013 über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) (2014-2020)</i> Verordnung (EU) 2019/1796 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1309/2013 über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014-2020) ABl. L 279I vom 31.10.2019, S. 4-6	92/1/19 REV 1
<i>Brexit-Notfallplan: Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2403 hinsichtlich der Fanggenehmigungen für Fischereifahrzeuge der Union in den Gewässern des Vereinigten Königreichs und der Fischereitätigkeiten von Fischereifahrzeugen des Vereinigten Königreichs in den Unionsgewässern</i> Verordnung (EU) 2019/1797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2403 hinsichtlich der Fanggenehmigungen für Fischereifahrzeuge der Union in den Gewässern des Vereinigten Königreichs und der Fischereitätigkeiten von Fischereifahrzeugen des Vereinigten Königreichs in den Unionsgewässern ABl. L 279I vom 31.10.2019, S. 7-10	94/1/19 REV 1
<i>Brexit-Notfallplan: Vorschlag zur Geltungsdauer der Verordnung (EU) 2019/501 und der Verordnung (EU) 2019/502</i> Verordnung (EU) 2019/1795 des europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Änderung der Geltungsdauer der Verordnungen (EU) 2019/501 und (EU) 2019/502 (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 279I vom 31.10.2019, S. 1-3	91/1/19 REV 1

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Seychellen über den Zugang von Fischereifahrzeugen unter der Flagge der Seychellen zu den Gewässern von Mayotte</i> Beschluss des Rates zur Ermächtigung, im Namen der Europäischen Union Verhandlungen mit der Republik Seychellen über den Abschluss eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Seychellen über den Zugang von Fischereifahrzeugen unter der Flagge der Seychellen zu den Gewässern und biologischen Meeresressourcen von Mayotte aufzunehmen	12321/19
<i>Verordnung über die Aufteilung der Fangmöglichkeiten im Rahmen des Protokolls zur Umsetzung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens mit São Tomé und Príncipe</i> Verordnung (EU) 2019/2219 des Rates vom 24. Oktober 2019 über die Aufteilung der Fangmöglichkeiten im Rahmen des Protokolls zur Umsetzung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe und der Europäischen Gemeinschaft ABl. L 333 vom 27.12.2019, S. 31-32	12200/19
<i>Beschluss des Rates über den Abschluss des Protokolls zur Umsetzung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens mit São Tomé und Príncipe</i> Beschluss des Rates über den Abschluss des Protokolls zur Umsetzung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe und der Europäischen Gemeinschaft	12199/19
<i>Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Protokolls zur Umsetzung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens mit São Tomé und Príncipe</i> Beschluss (EU) 2019/2218 des Rates vom 24. Oktober 2019 über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – und die vorläufige Anwendung des Protokolls zur Umsetzung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe und der Europäischen Gemeinschaft ABl. L 333 vom 27.12.2019, S. 1-2	12198/19

Protokoll zur Umsetzung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe und der Europäischen Gemeinschaft ABl. L 333 vom 27.12.2019, S. 3-30	12202/19
<i>Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten</i> Zweit Antrag Nr. 24/c/01/19	11750/19
<i>Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten</i> Zweit Antrag Nr. 25/c/01/19	11807/19
<i>Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Kap Verde zur Änderung des Visaerleichterungsabkommens</i> Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Republik Cabo Verde zum Abschluss eines Abkommens zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Kap Verde zur Erleichterung der Erteilung von Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt für Bürger der Republik Kap Verde und der Europäischen Union	12898/19
<i>Durchführungsbeschluss des Rates über das Kooperationsabkommen Eurojust/Serbien</i> Durchführungsbeschluss des Rates über die Zustimmung zum Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen Eurojust und Serbien durch Eurojust	10334/19
<i>Protokoll betreffend die Teilnahme der Palästinensischen Behörde an Programmen der Union</i> Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Union – und die vorläufige Anwendung des Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Interimsassoziationsabkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugunsten der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits betreffend ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme der Palästinensischen Behörde an Programmen der Union	12667/19
Beschluss des Rates über den Abschluss und die vorläufige Anwendung des Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Interimsassoziationsabkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugunsten der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen andererseits betreffend ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Palästinensischen Behörde für das Westjordanland und den Gaza-Streifen über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme der Palästinensischen Behörde an Programmen der Union	12669/19

<i>Beschluss des Rates über Beiträge zum EEF: Obergrenze 2021, jährlicher Beitrag 2020, erste Tranche 2020 und voraussichtliche Beiträge 2022-2023</i> Beschluss (EU) 2019/1800 des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Festlegung der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zur Finanzierung des Europäischen Entwicklungsfonds, einschließlich der Obergrenze für 2021, des Jahresbeitrags für 2020, der ersten Tranche 2020 und einer unverbindlichen Angabe der voraussichtlich zu erwartenden Jahresbeiträge für die Jahre 2022 und 2023 ABl. L 274 vom 28.10.2019, S. 9-11	12974/19
<i>Beschluss des Rates über Beiträge zum EEF: dritte Tranche 2019</i> Beschluss (EU) 2019/1801 des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Festlegung der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum Europäischen Entwicklungsfonds, einschließlich der dritten Tranche 2019 ABl. L 274 vom 28.10.2019, S. 12-14	12985/19
<i>Abkommen mit der Schweiz gemäß Artikel XXVIII des GATT für lediglich gewürztes Fleisch</i> Beschluss (EU) 2019/1864 des Rates vom 24. Oktober 2019 über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Rahmen von Verhandlungen gemäß Artikel XXVIII des GATT 1994 über die Änderung der WTO-Zugeständnisse der Schweiz für gewürztes Fleisch ABl. L 289 vom 8.11.2019, S. 1-2	12481/19
<i>Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss eines Abkommens über die Rechtsstellung der Mission EUCAP Somalia</i> Beschluss (GASP) 2020/155 des Rates vom 24. Oktober 2019 über die Unterzeichnung und den Abschluss – im Namen der Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Bundesrepublik Somalia über die Rechtsstellung der Mission der Europäischen Union zum Ausbau der Kapazitäten in Somalia (EUCAP Somalia) ABl. L 34 vom 6.2.2020, S. 3-4	12529/19

<i>Beschluss, Verordnung und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Burundi</i> Beschluss (GASP) 2019/1788 des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2015/1763 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Burundi ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 147-149	12618/19
Durchführungsverordnung (EU) 2019/1779 des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/1755 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Burundi ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 5-6	12621/19
Verordnung (EU) 2019/1777 des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/1755 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Burundi ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 1-2	12627/19
<i>Beschluss des Rates betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau</i> Beschluss (GASP) 2019/1789 des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Änderung des Beschlusses 2010/573/GASP betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 150-151	12717/19
<i>Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea</i> Beschluss (GASP) 2019/1790 des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Änderung des Beschlusses 2010/638/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 152-153	12724/19
Verordnung (EU) 2019/1778 des Rates vom 24. Oktober 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 zur Einführung bestimmter restriktiver Maßnahmen gegenüber der Republik Guinea ABl. L 272 vom 25.10.2019, S. 3-4	12726/19
Mitteilung an die Personen und Organisationen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2010/638/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2019/1790, und nach der Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 des Rates, geändert durch die Verordnung (EU) 2019/1778, über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea unterliegen ABl. C 361 vom 25.10.2019, S. 4-4	12844/19
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2010/638/GASP des Rates und nach der Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea unterliegen ABl. C 361 vom 25.10.2019, S. 5-5	12844/19

<i>Demokratische Republik Kongo: restriktive Maßnahmen – Vorinformationsschreiben zu den geänderten Begründungen</i> Vorgesehene geänderte Begründungen	13292/19
<i>Beschluss des Rates über den im Namen der EU im Gemeinsamen EWR-Ausschusses zu vertretenden Standpunkt zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten [Erweiterte klimapolitische Zusammenarbeit EU – Island – Norwegen]</i> Beschluss (EU) 2019/1843 des Rates vom 24. Oktober 2019 über den im Namen der Europäischen Union im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt zur Änderung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 282 vom 4.11.2019, S. 25-34	12638/19
Schriftliches Verfahren vom 30. Oktober 2019	CM 4587/19
<i>Verordnung des Rates zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee für 2020 und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/124 betreffend bestimmte Fangmöglichkeiten in anderen Gewässern</i> Verordnung (EU) 2019/1838 Des Rates vom 30. Oktober 2019 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee für 2020 und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/124 betreffend bestimmte Fangmöglichkeiten in anderen Gewässern ABl. L 281 vom 31.10.2019, S. 1-14	13239/19

Erklärung Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Lettlands, Litauens, Polens und Schwedens und der Kommission zur Milderung der sozioökonomischen Auswirkungen der Krise in der Ostseefischerei Der Rat hat notwendige und beispiellose Fangbeschränkungen für den Dorschbestand in der östlichen Ostsee beschlossen und zugleich strenge Grenzwerte für die Dorsch- und Heringsbestände in der westlichen Ostsee festgelegt. Vor allem der Dorschbestand in der östlichen Ostsee ist stärker denn je zurückgegangen und leidet nicht nur unter dem Befischungsdruck, sondern auch unter vielen schädlichen, vom Menschen verursachten Einflüssen auf die Umwelt und das Ökosystem. Das vereinbarte Ziel besteht darin, die Wiederaufstockung der Bestände bis zu einem nachhaltigen Niveau zu unterstützen, wie im mehrjährigen Bewirtschaftungsplan für die Ostsee vorgesehen. Diese Wiederaufstockung dürfte jedoch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Aufgrund dessen wird es zu Überschusskapazitäten bei den Fischereifloten und zu negativen sozioökonomischen Folgen für die betroffenen Gemeinschaften und Fischereibetriebe in den jeweiligen Mitgliedstaaten kommen. Die Mitgliedstaaten im Ostseeraum und die Kommission betonen daher, wie wichtig ein angemessenes Krisenmanagement und effektive Kontrollmaßnahmen für die Fischerei sind, damit es nicht zu Ausstrahlungseffekten auf die Befischung anderer Arten kommt. Die Mitgliedstaaten im Ostseeraum und die Kommission erkennen an, dass die beunruhigende Lage in den Ökosystemen der Ostsee dringende, vernetzte und umfassende Maßnahmen erfordert, um gegen deren eigentliche Ursachen vorzugehen. Die betreffenden Mitgliedstaaten erklären daher: – Sie erkennen an, dass wirksam und rasch von Grund auf gegen die Hauptumweltbelastungen im Ostseeraum (wie Verschmutzung, Eutrophierung, Zerstörung von Lebensräumen) vorgegangen werden muss, indem die einschlägigen EU-Rechtsvorschriften und gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen, z. B. innovative Maßnahmen, umgesetzt werden. Diese Maßnahmen werden auch ganzheitlich in die Aktualisierung des HELCOM-Aktionsplans für das Ostseegebiet einbezogen. – Wenn sie die Flottenkapazitäten verringern müssen, um die nachteiligen sozioökonomischen Auswirkungen des Rückgangs der Fischerei zu bewältigen, werden sie der Kommission einen Plan gemäß Artikel 22 der GFP-Verordnung⁴ vorlegen, mit dem sichergestellt wird, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ihrer Flotte und den Fangmöglichkeiten hergestellt und beibehalten wird.	13250/19
--	-----------------

⁴ Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik.

Die Mitgliedstaaten im Ostseeraum fordern die Kommission daher auf, vordringlich einen Vorschlag für eine Änderung der EMFF-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 508/2014) vorzulegen, um Unterstützung für die endgültige Einstellung (Artikel 34) und die vorübergehende Einstellung der Fangtätigkeit (Artikel 33) durch Fischereifahrzeuge zu ermöglichen. Damit gegen die Krise in der Ostseefischerei angemessen vorgegangen werden kann, müssen die nachteiligen sozioökonomischen Auswirkungen unverzüglich gemildert werden. In Anbetracht der Dringlichkeit sollten diese Maßnahmen im Jahr 2020 so bald wie möglich zur Verfügung stehen.

Daher wird die Kommission vordringlich alle möglichen Initiativen prüfen, um die wirtschaftlichen und sozialen Ziele sowie die Nachhaltigkeitsziele der Gemeinsamen Fischereipolitik, des Mehrjahresplans für die Ostsee und des EMFF zu erreichen und insbesondere ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Flotte und den Fangmöglichkeiten herzustellen und beizubehalten. In diesem Zusammenhang wird der notwendigen Umstrukturierung dieser Flotten u. a. durch finanzielle Unterstützung sofortige Priorität zukommen.

Vordringlich wird die Kommission die Aktionspläne, die die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 22 der GFP-Verordnung annehmen werden, bewerten, damit sie rasch umgesetzt werden können.

Die betreffenden Mitgliedstaaten erkennen an, dass es in Anbetracht der notwendigen Verringerung der Flottenkapazität wichtig ist, staatliche Beihilfen für Investitionen in zusätzliche Fangkapazitäten zu vermeiden.

Die Kommission befürwortet, dass die Mitgliedstaaten die nachteiligen sozioökonomischen Auswirkungen für die Ostseefischerei mit nationalen Finanzmitteln abfedern, sofern diese nationalen Regelungen im Einklang mit den Leitlinien der Kommission für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor stehen. Sie ist bereit, die Notifizierungen dieser nationalen Regelungen gemäß den geltenden Regeln rasch zu bearbeiten, und – falls sie von der Kommission als vereinbar erachtet werden – können die den Empfängern entstandenen Kosten gemäß den Vorschriften über Anreizwirkungen ab dem Tag, an dem der Empfänger bei den nationalen Behörden Beihilfe beantragt hat, als beihilfefähig eingestuft werden.

Um die wissenschaftlichen Informationen über den Rückgang der Dorsch- und Heringsbestände zu verbessern und die Ausarbeitung langfristiger Aktionspläne für deren Wiederaufstockung zu unterstützen, können aus dem Arbeitsprogramm 2020 im Rahmen der direkten Mittelverwaltung aus dem EMFF Mittel für wissenschaftliche Studien bereitgestellt werden.

Die betreffenden Mitgliedstaaten im Ostseeraum werden mögliche gemeinsame Maßnahmen prüfen, um die Auswirkungen einer großen Robbenpopulation auf die Fischbestände und die Fischerei wie z. B. die Infizierung des Dorschs mit Parasiten zu verringern.

Erklärung der Kommission zu den Dorsch- und Heringsbeständen in der westlichen Ostsee Falls es neue wissenschaftliche Gutachten zu den Referenzwerten für die Bestandserhaltung für Hering in der westlichen Ostsee gibt, wird die Kommission geeignete Vorschläge zur Änderung der Fangmöglichkeiten für Hering in der westlichen Ostsee für 2020 in Erwägung ziehen. Falls es neue wissenschaftliche Gutachten zur Höhe der TAC für Dorsch in der westlichen Ostsee gibt, wird die Kommission geeignete Vorschläge zur Änderung der Fangmöglichkeiten für Dorsch in der westlichen Ostsee für 2020 in Erwägung ziehen.	13250/19
Erklärung Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Lettlands, Litauens, Polens und Schwedens zur Anwendung von Artikel 15 Absatz 9 der Grundverordnung auf Dorsch in der östlichen Ostsee im Jahr 2020 In Anbetracht dessen, dass die Biomasse des Dorschbestands in der östlichen Ostsee unter Blim liegt und 2020 nur Beifänge und wissenschaftliche Fischereien erlaubt sein werden, um die Wiederaufstockung der Bestände gemäß der Verordnung (EU) 2016/1139 zu gewährleisten, verpflichten sich Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden, 2020 für diesen Bestand keinen Gebrauch von der jahresübergreifenden Flexibilität gemäß Artikel 15 Absatz 9 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 zu machen. Mit dieser Verpflichtung wird der derzeit außergewöhnlichen Lage des Dorschbestands in der östlichen Ostsee entsprochen.	13250/19
Gemeinsame Erklärung der Kommission und Deutschlands zu der Möglichkeit, Beihilfen aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) für die vorübergehende Einstellung der Fangtätigkeiten zu gewähren Nach Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2016/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2016 zur Festlegung eines Mehrjahresplans für die Bestände von Dorsch, Hering und Sprotte in der Ostsee und für die Fischereien, die diese Bestände befischen, können die Mitgliedstaaten Sofortmaßnahmen gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik erlassen. Deutschland bestätigt, dass es beabsichtigt, von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen, indem es zusätzliche Schonzeiten für die Dorsch- und Heringsbestände in der westlichen Ostsee in den Unterdivisionen 22-24 einführen wird. Die Kommission und Deutschland sind sich darin einig, dass diese Sofortmaßnahme nach Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2328/2003 für eine finanzielle Unterstützung durch den EMFF in Betracht kommt.	13250/19